

„8. Mai muss Feiertag werden“

Aktionsbündnis: Gedenkstein für KZ-Außenlager im Stadtzentrum – Volksbund: Mehr als 60 Millionen Opfer

BAYREUTH

Von Peter Engelbrecht

Zwei Gedenkveranstaltungen zum Ende des Zweiten Weltkrieges vor 75 Jahren am 8. Mai 1945 fanden in Bayreuth statt.

Das Aktionsbündnis gegen rechts hatte zu einer Kundgebung am Gedenkstein für das Außenlager des KZ Flossenbürg an der Kreuzung Spinnerstraße/Nordring eingeladen. Die Veranstaltung mit rund 40 Teilnehmern fand unter bestimmten Corona-Auflagen statt, wie etwa ausreichender Sicherheitsabstand und das Tragen von Schutzmasken, was von der Polizei auch überwacht wurde.

„Es darf keinen Schlusstrich geben“

Christin Siegel vom Aktionsbündnis erinnerte an das KZ-Außenlager, das sich in einem Gebäude der früheren Neuen Baumwollspinnerei befand. Insgesamt 85 KZ-Häftlinge mussten dort von Juni 1944 bis April 1945 für die geheime Lenkstoffforschung schuften. Siegel sagte, man gedenke dieser und aller anderen Opfer des Nationalsozialismus und müsse alles tun, damit sich das Geschehene nie mehr wiederholt. „Doch derartige Gedankengut ist noch nicht aus der Gesellschaft verschwunden“, warnte sie. Die AfD sei ein Sammelbecken von Rassisten geworden. Man sehe, welches Leid der Faschismus über die Menschen gebracht hat, „es darf keinen Schlusstrich geben“. Die Stadt Bayreuth huldige mit den Festspielen dem Antisemiten Richard Wagner, die Familie Wagner habe ein gutes Verhältnis zu Adolf Hitler gehabt. „Der 8. Mai muss ein bundesweiter Feiertag werden“, forderte Siegel.

„Es darf keinen Schlusstrich geben“, verlangte auch Dimitri Bennett vom Bündnis. Er kritisierte den Standort des Gedenksteins zwischen Hagebaumarkt und Nordring, „ein Stein, den fast keiner kennt“. Die Erinnerung sollte besser im Zentrum von Bayreuth errichtet werden, forderte Bennett. Johanna Schmidtmann erinnerte an die Rede von Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985, in der er diesen Tag als „Tag der Befreiung“ bezeichnet hatte. „Aber für Millionen



Ein Blumengebinde am Gedenkstein für das KZ-Außenlager legten am Freitag Christin Siegel (links) und Johanna Schmidtmann vom Aktionsbündnis gegen rechts nieder.

Fotos: Ralf Münch



Gedenken an die Opfer von Krieg und Gewalt: Regierungspräsidentin und Bezirksvorsitzende des Volksbundes, Heidrun Piwernetz, und Geschäftsführer Robert Fischer legen auf dem Friedhof St. Georgen einen Kranz nieder.

von Menschen kam die Befreiung zu spät, denn die Nationalsozialisten hatten sie systematisch verfolgt und ermordet.“ Auch Schmidtmann forderte, dass der 8. Mai ein bundesweiter Gedenktag werden soll. Die Gesellschaft müsse sich denen, die die Demokratie angreifen, entgegenstellen. „Antisemitismus und Rassismus

dürfen nie wieder einen Platz in der Gesellschaft einnehmen.“

Christin Siegel und Johanna Schmidtmann legten am Gedenkstein ein Blumengesteck nieder, das die Aufschrift „75 Jahre Befreiung“ trägt. Der Opfer gedachten die Teilnehmer mit einer Schweigeminute. Der Besuch von offizieller Seite wurde als enttäu-

schend bezeichnet. Der einzige Stadtrat, der gekommen war, war Norbert Aas von den Grünen. Der einzige Landtagsvertreter war Tim Parchent, ebenfalls von den Grünen. „Eigentlich müsste es Sache der Stadt sein, dieses Gedenken zu organisieren“, meinte eine Teilnehmerin. Auffallend viele junge Leute waren gekommen, einer trug

ein Plakat mit der Aufschrift „Hass führt zu unsäglichem Leid“.

Auch der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge legte einen Kranz auf dem Friedhof Bayreuth-St. Georgen nieder. Wegen Corona fand das Gedenken im kleinen Kreis statt. Die Volksbund-Bezirksvorsitzende, Regierungspräsidentin Heidrun Piwernetz, und der Bezirksgeschäftsführer Robert Fischer erinnerten an das Ende des Zweiten Weltkrieges vor 75 Jahren und gedachten der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft.

1844 Kriegsgräber allein in Bayreuth

„Jedes Kriegsgrab ist ein Mahnmal gegen das Vergessen“, sagte Piwernetz. 1844 Gräber gebe es in Bayreuth, davon 998 auf der Kriegsgräberstätte St. Georgen. Davon seien wiederum 99 Ausländer. Nur die Erinnerung und damit die geistige Auseinandersetzung mit der Vergangenheit könnten dazu beitragen, aus der Geschichte zu lernen. Der Blick zurück in die Geschichte sollte uns warnen, was kommen kann, wenn nicht entschieden für ein „Nie wieder“ eingetreten werde. Die Friedhöfe würden mehr und mehr Orte des Gedenkens und Lernens. Damit das möglich sei, müssten die historischen Zusammenhänge benannt werden, forderte Piwernetz.

Der Zweite Weltkrieg hat mehr als 60 Millionen Menschenleben gefordert, darunter 6,3 Millionen Deutsche, erklärte Volksbund-Geschäftsführer Robert Fischer. Die meisten der mehr als 166 000 auf bayerischen Friedhöfen und Kriegsgräberstätten ruhenden Toten starben im Zweiten Weltkrieg. Darunter sind Opfer aus Konzentrationslagern, Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter ebenso wie Menschen, die durch Flucht und Vertreibung oder im Bombenhagel ihr Leben verloren, und Soldaten. Der Volksbund hat nach dem Zweiten Weltkrieg in Bayern zahlreiche Kriegsgräberstätten angelegt und mehr als 15 000 Tote in 1600 Gemeinden umgebettet. Seit 1954 kümmert sich der Volksbund im Auftrag der Bundesregierung um die deutschen Kriegsgräberstätten im Ausland – in 46 Ländern ruhen mehr als 2,8 Millionen Tote.